



Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.,
Holländische Soler Majestät des Königs von Sachsen,
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelveverkauf Altmarkt 2.

41. Jahrgang.

Dresden, 1896.



Wilhelm's
Blutreinigung-Thee
von Franz Wilhelm, Apotheker zu Neumarkchen in Nieder-Oesterreich, ist durch alle Apotheken zum Preise von R.-M. 2. per Packet zu beziehen. — Einzige Lager bei Ernst Hey Nachf., Dresden-A., Annaberger Str. 55. — Zu haben in Dresden in der Hof-, Engel-, Marien-, Johannes-, Mohren- und Adler-Apotheke.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen u. Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräthe.

Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaren
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).**

Nr. 59. Spiegel: Wiener Gemeinderathswahlen, Hofnachrichten, Landtagverhandlungen, Wundärztliche Besprechung, Malinowski'sche Bitterung; Stadterverordnetenliste, Geflügelstellung, Königl. Konservatorium; Trübe, mild, nass; **Sonnabend, 29. Februar.**

Für den Monat März

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“,
Marienstrasse 38, Erdgesch. Hof.

Politisches.

Zum dritten Male binnen zehn Monaten sind am Donnerstag die Bürger Wiens, die den dritten Gemeinderathswahlkörper bilden, an die Wahlurne getreten. Das die Entscheidung im Wesentlichen anders ausfallen würde, als im September nach der ersten Auflösung des Gemeinderathes, war von vornherein ausgeschlossen. Das Resultat der Septemberwahlen septe sich nicht aus zufälligen, vorübergehenden Faktoren zusammen; es war der Ausdruck der wirklichen Ueberzeugungen der überwältigenden Mehrheit der Wiener Bürgerschaft und zugleich die Vollstreckung des Todesurtheils über die sibi-liberale Demokratie, wie sie Jahrzehnte lang fast schrankenlos in der Hauptstadt der habsburgischen Monarchie geherrscht hatte. Von den 46 Gemeinderathsmännern des dritten Wahlkörpers war den Liberalen im September kein einziger geblieben; alle waren sie mit fast durchweg niedererschmetternder Mehrheit an die „Vereinigten Christen“ unter Lueger's Führung übergegangen. Selbst die innere Stadt, die Cito von Wien, die Hochburg des österreichischen Judenthums, war von der antiliberalen Hochfluth mitgerissen worden; der zweite Bezirk, der unmittelbar vor der letzten Wahl noch als absolut sicher gestolzen hatte, war verloren gegangen, und nahezu widerstandslos hatten sich die übrigen ergeben. Zweifelsfrei war diesmal das Ergebnis in der Inneren Stadt und in der Leopoldstadt; dort hatten die Antiliberalen im Herbst mit 900 gegen 898, hier mit 3114 gegen 2839 Stimmen siegt. Aber auch am Donnerstag haben sich die Antiliberalen in diesen Bezirken mit einer Mehrheit von 200 bis 300 Stimmen behauptet. In allen anderen Bezirken war ihr Sieg wiederum ein glänzender. Sie erzielten sogar im Vergleich mit der letzten Wahl einen erheblichen Stimmenzuwachs, während die Liberalen einen neuen Verlust von etwa 3000 Stimmen zu verzeichnen haben. Die Wahl verlief diesmal ruhig und ordnungsgemäss, ohne nennenswerthe Zwischenfälle.

Das die starke Position, welche die Sieger vor 5 Monaten erkämpft hatten, diesmal wieder verloren gehen würde, war um so weniger zu erwarten, als sich die Verhältnisse inzwischen nicht geändert haben. Sie haben sich eher zu Gunsten der antiliberalen Bewegung verschoben, die in den breiten Massen der Bevölkerung selber nur um so fester Wurzel geschlagen hat. Zwar haben die vielfach mass- und formlosen Angriffe der Antisemiten im Abgeordnetenhaus und im niederösterreichischen Landtage die Stellung des Ministerpräsidenten Badeni keineswegs zu erschüttern vermocht; aber der Ministerpräsident, der ohnehin als Vorkämpfer aller nationalistischen Deutschen Oesterreichs keine Sympathien besitzt und sich bisher auch solche nicht zu erwerben vermochte, hat in der „Bürgermeisterfrage“ seinen Gegnern eine Waffe in die Hand gegeben, die von diesen zur Befestigung und Erweiterung ihrer Anhängererschaft weidlich ausgenutzt worden ist. So tumultuarisch auch zuweilen die Bürgermeisterfrage behandelt wurde, so bietet sie doch zweifellos die Handhabe, die Opposition gegen die Regierung zu verschärfen. Ueberdies ist der Führer der antiliberalen Bewegung Dr. Karl Lueger ein Kampfstilker erster Ranges, ein unvergleichlicher Agitator, mit dem sich kein Führer der liberalen Partei an volkstümlicher Berechtigung und an agitatorischer Befähigung, im Geleite der politischen Incontinentia und in temperamentvoller Schlagfertigkeit messen kann. Er ist ein geborener Volkstribun, der die Massen mit sich fortzieht und, was gewiss nicht gering anzuschlagen ist, auch auf die Wiener Frauenwelt einen mächtigen Zauber ausübt. Mag er auch in der Wahl seiner Mittel nicht selten rücksichtslos verfahren und mögen sich ihm auch zweifelhafte und gewissenlose Existenzen angeschlossen haben; das, was seine Stellung so stark, fast unangreifbar macht und was ihn so vortrefflich über die catilinarischen Existenzen, an denen der radikale Antisemitismus so reich ist, emporhebt, das ist die Thatfache, daß ihm bisher Niemand unlaute Bewegung gründe oder unaußere Nachenschaften nachzuweisen vermochte. Wäre an seiner Persönlichkeit oder in seiner Vergangenheit irgend Etwas dunkel oder anrüchig, so hätten das seine erbitterten Gegner sicherlich längst ausgebeutert und an das Tageslicht gezogen. Aber selbst diejenigen, die ihn bekämpfen, können ihm nicht ohne Grund seine Stärke nicht absprechen. Was die Popularität dieses Volkshelden und der Sache, die er vertritt, ausserordentlich erhöht hat, ist der Umstand, daß allgemein die Annahme besteht, die Nichtbestätigung Lueger's als Bürgermeister Wiens sei lediglich der Rücksichtnahme der Regierung auf das liberale Regimentsum zuzuschreiben. Trotz der entgegenstehenden Erklärungen des österreichischen wie des ungarischen Ministeriums glaubt Jedermann in Oesterreich, daß die Nichtbestätigung Lueger's einen Sieg des magyarischen Einflusses

bedeute. Der Wirkung nach ist dies unteugbar der Fall, und Lueger hat für den dadurch gesteigerten Unmuth über die „Preponderanz“ der magyarischen Reichshälfte die epigrammatische Wendung gefunden: „Ich bin jetzt der Vorfahr aller Deutschen, die für die Unabhängigkeit Oesterreichs von Ungarn kämpfen.“ Die antiliberalen Gemeinderathsmehrheit erscheint schon jetzt, nach dem ersten Wahlgange, wiederum sehr begründet. Auch der erste Wahlkörper, der aus unabhängigen wohlhabenden Männern besteht und sich namentlich aus den Doubtbesitzer rekrutirt, wird kaum anders wählen, als das letzte Mal. Die Regierung und die Liberalen scheinen ihre Hoffnungen auf den zweiten Wahlkörper zu setzen. Hier wählen die Beamten, denen Graf Boden durch Erhöhung der Gehälter und durch Schaffung bedeutend aufgebesselter Penfionsbedingungen entgegengekommen ist. Es ist indes sehr zweifelhaft, ob es hierdurch gelungen ist, einen so grossen Theil der Wähler dieser Abtheilung umzustimmen, daß davon das Gesamtresultat der Wahlen wesentlich beeinflusst werden kann. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Dr. Lueger zum vierten Male zum Bürgermeister Wiens gewählt werden; ob ein paar Stimmen mehr oder weniger auf ihn fallen werden, ändert an der Sachlage nichts. Das erste Mal hatte Lueger die Wahl abgelehnt, weil die Mehrheit ihm zu wenig erschien, um damit regieren zu können. Das zweite Mal wurde er mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt; aber die Regierung lehnte die Bestätigung ab. Es mußte daher zu einer neuen Bürgermeisterwahl geschritten werden, bei der Lueger wiederum mit 92 Stimmen (von 138) gewählt wurde. Diesmal wurde die Nichtbestätigung der Krone nicht abgewartet, sondern der Statthalter ließ sofort die Auflösung des Gemeinderathes verkünden.

Eine neue Entscheidung bot die Sachlage an der Bestätigung der Sozialdemokratie, die zum ersten Male bei den Wiener Gemeinderathswahlen selbstständig auftrat. Da die sozialdemokratischen Kandidaturen von vornherein aussichtslos waren, so wird wohl die Annahme nicht unrichtig sein, daß die fast ausschliesslich von Juden geleitete und geleitete Sozialdemokratie lediglich dem sibi-liberalen Liberalismus als Stützpunkt gegen den Antisemitismus dienen sollte. Die Liberalen haben diesen neuen Bundesgenossen in der That herzlich willkommen geheißen. Das Programm, das die Sozialdemokratie für die Gemeinderathswahlen aufgestellt hatte, fand in liberalen Kreisen bis zum officiösen „Freundenblatt“ hinan eine sympathische Aufnahme. Die liberalen Mitglieder in den Wählerversammlungen hielten sich überwiegend zustimmend zu den sozialdemokratischen Forderungen, die Kandidaten der Linkspartei durften in liberalen Versammlungen ungehindert ihr Programm vertreten. Gröszt hat den Liberalen diese Bundesgenossenschaft mit den Vorkämpfern der rothen Internationale nichts; den sozialdemokratischen Kandidaten fielen in sämtlichen Bezirken nur sehr geringe Stimmenszahlen zu.

Der erste Akt des Wahlkampfes, der in der Hauptsache einen Zweifelpunkt zwischen Boden und Lueger bedeutet, hat also abermals mit einer schweren Abfuhr für den Ministerpräsidenten geendet. Zu einer abschließenden Entscheidung werden die Wahlen indes wohl auch diesmal nicht führen. Weder ein Verzicht Lueger's auf den Bürgermeisterposten noch die Bestätigung seiner Wahl ist zu erwarten. Die Bestätigung durch die Krone würde eine Niederlage Badeni's sein, gleichbedeutend mit seinem Sturz. Angefichts der Millenniumsfeierlichkeiten in Budapest und der schon beginnenden Ausgleichsverhandlungen zwischen den beiden Reichshälften dürfte schwerlich ein österreichischer Regierungsoberhaupt wahrheitslieblich sein. Die beste Lösung der Bürgermeisterfrage wäre auch heute noch ein Kompromiss zwischen der Regierung und den „Vereinigten Christen“, etwa dahingehend, daß einerseits Dr. Lueger vor der Hand auf den Bürgermeisterposten verzichtet und diesen vorläufig einem seiner Anhänger überläßt, und daß andererseits die Regierung die bestimmte Zusage ertheilt, Dr. Lueger später zu gelegener Zeit die Bestätigung als Bürgermeister nicht zu verweigern. Leider ist wenig Hoffnung für einen derartigen Ausgang des Konfliktes vorhanden. Die Verantwortung für dessen unabsehbare Folgen trägt ausschliesslich Graf Boden, dessen Willst als langer Reichstagsmitglied er gewesen wäre, statt den Konflikt auf die Spitze zu treiben und durch Gewaltmassregeln fortgesetzt Del in's Meer zu gießen, von vornherein die Hände zu einer Verständigung zu bieten und den ersten Versuch zu machen, die gesunden Staats-erhaltenden Elemente und Strömungen in der antiliberalen Bewegung zu sich herüberzuziehen und zu einer positiven Mitwirkung an der weiteren Gestaltung der innenpolitischen Verhältnisse heranzubilden. Prinz Liechtenstein, der Führer der Christlich-Sozialen, hatte nicht Unrecht, wenn er die zweite Auflösung des Gemeinderathes als einen Fehler gegen den gesunden Menschenverstand und gegen die Elemente der Staatsfähigkeit bezeichnete. Badeni vermag die Erreichung eines Ausgleichs auf gutlichem Wege, nur einen unüberwindlichen Gegner vor den Kopf zu stoßen und seine Hoffnung auf den Liberalismus zu setzen, als dieser bereits tot war.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 28. Februar.

Berlin. Der Kaiser hat an seinem geistigen Hochzeitsstage seiner Gemahlin ein in Del gemaltes Porträt der Prinzessin Luise Victoria Louise zum Geschenk gemacht. — Eine Kommission von Büren sondte an Kaiser Wilhelm folgendes in holländischer Sprache abgefaßtes Glückwunschtelegramm zum Geburtstag: „Wir wünschen Eurer Majestät Gottes reichsten Segen. Möge Gott Sie lange erhalten zum Heile Deutschlands! Mögen die Freundschaftsbände zwischen Deutschland und der südafrikanischen Republik nie zerfallen, sondern fester werden!“ — Der Bundesrath hat in seiner geistigen Sitzung neue Bestimmungen über den Handel mit denaturirtem Branntwein angenommen, dieselben treten am 1. April in Kraft. Wer mit denaturirtem Branntwein handeln will, hat dies 14 Tage vor Eröffnung des Handels der zuständigen Steuerbehörde und der Erzeugerbehörde an-

zumelden. Bei Unzuverlässigkeit des betreffenden Gewerbetreibenden kann die Steuerbehörde den Handel untereigen. Diejenigen, welche bereits mit denaturirtem Branntwein handeln und diesen Handel vertreiben wollen, haben ihre diesbezügliche Anzeige bis zum 29. März einzureichen. Denaturirter Branntwein, dessen Stärke weniger als 80 Gewichtsprozent beträgt, darf nicht verkauft werden. — Der „Staatsanzeiger“ bewilligt die Erneuerung des bisherigen Verstandes in Tchern, Grales Wallwitz, zum Verstandes bei den medienburgischen Höfen und bei den Senatsabtheilungen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus lehnte die Verleihung des Kultuseisens und damit die Kultusdebatte fort. Abgeordneten vertrat die Frage des Centrums über mangelnde Positivität und Verleugnung der Tabellen, die er der Kommission vorgelegt hatte. Minister Dr. Hoffe erwiderte, betreffs des neutralen Gefährtes werde man nicht einen einzigen Fall nachweisen können, in dem in den dogmatischen Inhalt des Religionsunterrichts eingegriffen worden sei. Eine prinzipielle Verifikation in dieser Sache sei zur Zeit nicht möglich, aber der preussische Staat könne, wenn er auf seine Staatshoheit noch etwas Gewicht lege, nicht dazu sich verziehen, die preussische Schule vermittelst des Religionsunterrichts an den katholischen Miasm anzuknüpfen. Das sei auch der Grund, weshalb auch jetzt ein Schulgesetz vor ihm nicht möglich gehalten werde, nicht aus Furcht, sondern weil dadurch nur der konfessionelle Kampf von Neuem heraufbeschworen werden würde. Die Tabellen Bode's seien nicht nur in Einzelheiten, sondern in ihren ganzen Grundgedanken falsch; sie zeigten die direkten Verbindungen gegenüber der katholischen Kirche nicht mit, wohl aber die gegenüber der evangelischen Kirche. Zieht man dies und allerlei andere Mängel in Betracht, so bleibe auch nicht ein einziger Mangel zu Gunsten der evangelischen Kirche übrig. (Hört! Hört!) Wenn ich mich auf den Standpunkt Bode's stellen wollte — fuhr der Minister fort —, so hätte ich in den letzten 13 Jahren, wo die katholische Kirche 179 und die evangelische nur 122 M. M. erhalten hat (Hört! Hört!), die evangelische Kirche 23 Millionen zu wenig erhalten. (Hört! Hört!) Mit solchen Rechnungen und Gegenüberrechnungen schafft man keinen professionellen Frieden. Verlangen Sie von uns eine gerechte und billige Behandlung, die soll Ihnen werden, aber freilich unter Aufrechterhaltung der Staatshoheit und angereicherter Berücksichtigung auch der evangelischen Kirche. Nur so ist ein schließliches Zusammenwirken der Konfessionen, Abg. v. Brandenburg (son.) bestritt Namens der Konfessionen, daß durch das Schulgesetz der konfessionelle Friede gefördert werden würde. Mit einem christlichen und muthigen Kultusminister liege die Sache schon machen. Weiterberatung morgen.

Berlin. Die „Nationalzeitung“ bemerkt gegenüber den fastenlangen Berichten einiger Wähler aus Brandenburg, durch welche Dr. Reich Friedmann und seine Getreibe förmlich als Helden des Tages in Szene gesetzt werden: Wir denken, man könne den Lump und seine Dirne vorläufig den Behörden von Brandenburg überlassen, zumal die angeblichen Einwendungen gegen seine Auslieferung ohne genaue Kenntniss der bezüglichen französischen gesetzlichen Bestimmungen gar nicht zu beurtheilen sind. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die Auslieferung verweigert werden wird.

Berlin. Die Reichstagskommission des Bürgerlichen Gesetzbuches hat gestern die Beratung des ersten Buches Allgemeines Theil beendet und schließlich zur redaktionellen Formulierung der im ersten Buch festgelegten Beschlüsse eine Redaktionskommission eingesezt. Die nächste Sitzung der Kommission ist mit Rücksicht darauf bis zum 3. März hinausgeschoben worden.

Hamburg. Die Broschüre „C. Bollini“ vom Russifiktoren Hugo Böble ist heute konfiszirt worden. Beim Verfasser wurde Hausdurchsuchung gehalten.

Hannover. Der Königl. Opernsänger Cordes wurde von der Strafkammer auf Grund des § 176 Abs. 3 des Strafgesetzbuches zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurtheilt. Er leugnet die ihm zur Last gelegten Sittlichkeitsverbrechen und erklärt, sich bei dem Urtheil nicht zu berufen.

Guelen. In dem schweren Verwundungsfalle, bei dem 6 Personen das Leben einbüßten, wird weiter gemeldet, daß außer dem Schuhmachermeister Gahle noch ein Schneidermeister, Viering, dessen Frau und zwei Töchter auf die Straße geschleudert worden. Gahle war sofort todt, Viering und seine Frau liegen hoffnungslos darnieder, ihre beiden Töchter sind leichter verletzt. Die vier verbrannten Kinder des Schuhmachermeisters Gahle fanden im Alter von 14, 9, 7 und 2 Jahren; Frau Gahle ist gleichfalls verbrannt.

Wien. Die „Politische Korrespondenz“ erzählt aus Sofia, die bulgarische Regierung beabsichtige, nach der vollzogenen Aneignung des Prinzen Ferdinand diplomatische Vertretungen in Petersburg und Athen zu errichten. — Das Abgeordnetenhaus nahm den Titel „Mittelschulen“ an und lehnte in momentaner Abweisung mit 141 gegen 108 Stimmen den Antrag Hoffmann auf Erreichung des 2. Postens für Errichtung eines italienischen Gymnasiums in Galt ab.

Wien. Abgeordnetenhaus. Der Präsident giebt in warmen Worten der Trauer um den hingerichteten Erzherzog Albrecht Salvator Ausdruck und betont, alle Bürger des Vaterlandes hätten den großen Schmerz, welcher die Dunkelheit und vor Allem den Kaiser betroffen habe, der selbst die wenigen Tage der Ruhe und Erholung, die er sich gönnt habe, nicht ohne neuen Seelen-schmerz verbringen könne.

Wien. Abgeordnetenhaus. Der Finanzminister spricht sich gegen sämtliche oppositionellen Anträge aus. Es habe Niemand behauptet, daß die wirtschaftliche Gemeinschaft zwischen Ungarn und Oesterreich sich aus der pragmatischen Sanftion ergebe, doch seien die gegenseitigen Veränderungen der Interessen beider Staaten zu zahlreich, daß schon die 1877er Verabreichung sich genügt zeigt, ein Zoll- und Handelsbündnis abzuschließen. Dieses Bündnis könne gebildet werden, es sei jedoch offenbar, daß die 1877er Verabreichung und auch später, so oft von diesen Angelegenheiten die Rede war, dieses Bündnis nicht als vorübergehendes, sondern als bleibendes Verhältnis zu betrachten wärfen. Aber selbst, wenn beide Staaten von ihrem Bindungsrechte Gebrauch machten, müßten beide Regierungen in Verhandlungen zur Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses eintreten.

Rom. Der jüngst verstorbenen Bildhauer Müller vermacht 100,000 Franc dem deutschen Spital und 250,000 Franc für junge italienische Künstler.

Belgrad. Die ausführlich verbreitete Nachricht, die türkischen Behörden hätten kürzlich einen patrilicheren Geheimbund entdeckt, dessen Mitglieder Vertreter der türkischen Regierung wären, sowie

Verzeichniss der in den letzten 24 Stunden eingegangenen Briefe, Telegramme, etc.

Verzeichniss der in den letzten 24 Stunden eingegangenen Briefe, Telegramme, etc.